

SÄCHSISCHE STAATSKANZLEI
01095 Dresden

An die Abgeordneten der
Fraktionen von CDU und SPD
im Sächsischen Landtag

**Chef der Staatskanzlei
und Staatsminister für
Bundes- und Europa-
angelegenheiten**

Durchwahl
Telefon +49 351 564-1020
Telefax +49 351 564-1025

poststelle@
sk.sachsen.de

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
CdS-

Dresden, 29. Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat am vergangenen Samstagmorgen ein Ergebnis erzielt. Der Kompromiss zwischen den Belangen der Wirtschafts- und Strukturentwicklung im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier auf der einen und den Zielen von Klima- und Umweltschutz auf der anderen Seite geht an die Grenze dessen, was für den Freistaat Sachsen akzeptabel ist. Das Ergebnis verletzt diese Grenze aber nicht.

Die Kommission empfiehlt dem Bund, für den Strukturwandel eine Zusage über 1,3 Milliarden Euro pro Jahr für die kommenden 20 Jahre zu machen. Das sind 26 Milliarden Euro u. a. für das Maßnahmen-Gesetz, mit dem wir wichtige Infrastrukturprojekte und Forschungseinrichtungen auf den Weg bringen wollen. Unser erklärtes Ziel während der Kommissionsverhandlungen war immer, dass der Strukturwandel als Chance genutzt werden soll, die traditionsreichen Energieregionen zu zukunftsgewandten Innovationsräumen weiterzuentwickeln, die als europäische Modellregionen für eine erfolgreiche Strukturentwicklung gelten können. Mit dem vorliegenden Ergebnis ist das möglich!

Es ist auch ein Erfolg, zusätzlich zum Maßnahmen-Gesetz 700 Millionen Euro pro Jahr für flexible, projektoffene Strukturförderung vorzusehen. In Summe stehen damit zusammen mit den Infrastrukturmaßnahmen 40 Milliarden Euro für die kommenden 20 Jahre zur Verfügung. Das ist deshalb so wichtig, weil bestimmte Entwicklungen heute noch nicht vorhersehbar sind. Dieser weitsichtige Ansatz gibt uns die Möglichkeit, die Chancen von Technologiesprüngen besser zu nutzen und auch in Zukunft stets handlungsfähig zu sein. Wir haben jetzt die Gelegenheit und Möglichkeiten, der Lausitz und dem Mitteldeutschen Revier einen An Schub in eine perspektivreiche Zukunft zu ermöglichen. Gerade für die Lausitz ist dieses Ergebnis ein ganz großer Erfolg. Aber auch für die Metropolregion Mitteldeutschland eröffnen sich vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten, Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in der Region zu mehr. Dabei



Die Kampagne des
Freistaates Sachsen.



Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.sachsen.de

sollen zukunftsweisende Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovationen den Weg ebnen.

Die Bundesregierung hat bereits zugesagt, dass sie gegenüber der Europäischen Union für ein eigenes Beihilferegime eintritt. Auch beim Thema Planungsbeschleunigung gibt es die Bereitschaft, zu klaren Fortschritten zu kommen. In den kommenden Tagen ist es entscheidend, dass der Bund neben den finanziellen Zusagen weiter Verlässlichkeit schafft: Wir brauchen eine verbindliche, planungssichere gesetzliche Fixierung der Maßnahmen. Mit der Bundeskanzlerin werden die Ministerpräsidenten bereits am kommenden Donnerstag daraufhin arbeiten, dass bis Ende April dieses Jahres die Eckpunkte für das Maßnahmen-Gesetz und das Planungsbeschleunigungsgesetz vorliegen.

Die Staatsregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen begleiten diesen besonderen und herausfordernden Prozess durch den Aufbau unterstützender Strukturen sowie durch einen Finanzierungsfonds. Das Kabinett der Sächsischen Staatsregierung hat am heutigen Dienstag den Aufbau einer eigenen Abteilung in der Staatskanzlei, die diesen Strukturentwicklungsprozess begleiten soll, beschlossen. Zudem stehen in diesem und im nächsten Jahr jeweils 5 Millionen Euro bereit, um in den betroffenen Regionen schnell mit der Umsetzung von Maßnahmen zu beginnen.

Es ist klar: Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass die Ziele und Aufgaben, die das Kommissionsergebnis vorgeben, erreicht werden. Es ist eine Frage der Klugheit, dieses Ergebnis zu achten und nicht in Frage zu stellen.

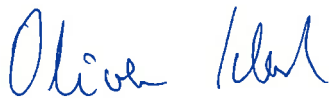
So ist es auch klug, für die Jahre 2023, 2026 und 2029 Revisionsdaten vorzusehen, an denen ergebnisoffen überprüft wird, wie Deutschland in seinen Bestrebungen, die Energiewende wirtschafts- und verbraucherfreundlich zu gestalten, vorankommt: Energiepreise, Versorgungssicherheit, aber auch die notwendigen Voraussetzungen wie beispielsweise der Netzausbau müssen stets im Blick gehalten werden, um den Hochtechnologiestandort Deutschland nicht zu gefährden.

Für den Freistaat Sachsen und die Staatsregierung war es wichtig, dass mit dem Ergebnis ein Zeitraum festgelegt wird, der uns in die Lage versetzt, die notwendige Strukturentwicklung im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier wirklich erfolgreich anpacken zu können. Deswegen ist es entscheidend, dass wir mit unseren Vertretern in der Kommission das Jahr 2038 durchsetzen konnten. Damit haben wir einen guten Zeitraum vor uns.

Nun werden wir mit der Bundesregierung besprechen, wie wir über die Bundesmittel für die Strukturentwicklung verfügen können und wie die künftigen Strukturen dafür aussehen werden. Dabei werden wir Sorge tragen, dass die Beteiligung der regionalen Akteure sichergestellt ist, damit wir den vor uns liegenden anspruchsvollen Prozess gemeinsam meistern können.

Über die wichtigsten im Kommissionsbericht fixierten Maßnahmen informiere ich Sie im Folgenden. Den vollständigen Bericht finden Sie im Internet unter <https://www.kommission-wsb.de>.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Schenk